

Bock als Gärtner?

Vor der Weltklimakonferenz wächst die Kritik am Gastgeber Vereinigte Arabische Emirate

Von Thomas Seibert

ISTANBUL - Von Papst Franziskus bis König Charles, von Olaf Scholz bis Bill Gates: Die internationale Politik- und Wirtschaftselite trifft sich ab Donnerstag bei der Weltklimakonferenz in Dubai. Angesichts steigender Temperaturen, Dürren und Überschwemmungen sucht die Welt nach Wegen, um den Kohlendioxid-Ausstoß zu verringern, bevor es zu spät ist. Gastgeber der 28. Klimakonferenz – kurz COP28 genannt – ist ausgerechnet der Ölstaat Vereinigte Arabische Emirate (VAE). Geleitet wird das knapp zweiwöchige Treffen vom Chef des staatlichen VAE-Ölunternehmens Adnoc, Sultan Ahmed al-Jaber. Damit werde der Bock zum Gärtner gemacht, sagen Kritiker. In der führenden Rolle der VAE bei der Konferenz liegen aber auch Chancen.

Er werde in Dubai für einen Klima-Konsens werben, kündigte Jaber in einem Grußwort für die Konferenz an. Im Mittelpunkt stehen für ihn „pragmatische“ Schritte. Damit meint der 50-Jährige vor allem: kein schneller Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen. Zwar sei eine langsame Umorientierung unausweichlich, sagte der Öl-Chef dem US-Magazin „Time“. Doch für einen Abschied von Öl und Gas sei die Welt noch nicht bereit. Als siebgrößter Ölproduzent der Welt handeln die VAE entsprechend. Sie wollen 150 Milliarden Dollar in den Ausbau ihrer Öl- und Gasindustrie investieren.

Aktivisten befürchten deshalb bei der COP28 das Schlimmste. Greenpeace zeigte sich „zutiefst besorgt“ über Jabers Ernennung zum Konferenz-Präsidenten. Anhänger von Öl und Gas hätten die Klimakonferenzen „gekapert“, schimpfte Teresa Anderson von der Gruppe ActionAid. Die von Klima-Instituten betriebene Internetseite „Climate Action Tra-



Stromerzeugung in der Nähe von Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten: Die Solarzellen des Mohammed bin Rashid Al Maktoum Solarparks und sein Solarturm sind zu sehen. Dubai ist Gastgeber der UN-Klimakonferenz 2023, die am 30. November beginnen wird. FOTO: KAMRAN JEBRELLI/DPA

cker“ sieht einige gute Ansätze bei den VAE, beklagt aber, der geplante Ausbau der Ölindustrie widerspreche den Klimazielen des Landes.

Schon bei der Weltklimakonferenz in Ägypten im vorigen Jahr scheiterte der Versuch, das Ende der fossilen Energieträger verbindlich festzuschreiben. Kurz vor der COP28 endete auch eine Konferenz über Plastikmüll in Kenia ohne Einigung. Umweltgrup-

pen machten die Ölindustrie und ölproduzierende Staaten dafür verantwortlich.

Kritik gibt es auch am autokratischen Regierungssystem der VAE. Die Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in den Emiraten lassen nach Einschätzung von Amnesty International daran zweifeln, dass in Dubai frei und ohne Einschüchterung diskutiert werden könne. Das Magazin „Politico“ be-

richtete, die VAE hätten Journalisten in Dubai mit einem Verhaltenskodex verbieten wollen, die Herrscher der Emirate mit ihrer Berichterstattung zu „beleidigen“. Der Maulkorb sei inzwischen wieder zurückgezogen worden.

Für die Emirate wiegen die Vorteile der Gastgeber-Rolle der Konferenz schwerer als die Kritik an den Golf-Arabern, sagt Tobias Zumbrägel, Experte für Klimapo-

litik und Umweltschutz in der arabischen Welt. „Man kann als Gastgeber massiv Einfluss nehmen und mitgestalten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Methode mehr bringt, als wenn man das ganze Problem einfach ignoriert, wie die Golf-Araber das noch vor Jahrzehnten getan haben“, sagte Zumbrägel, Wissenschaftler am Geographischen Institut der Universität Heidelberg, im Gespräch mit unserer Zeitung.

Die COP28 sei eine Chance für die Emirate, ihr Image zu verbessern, sagt Zumbrägel: „Weg vom Bild des Ölstaats als Bremser und hin zu einem Staat an der Speerspitze der Klimapolitik“.

Die VAE verfolgen nach Einschätzung von Zumbrägel eine Doppelstrategie. Auf der einen Seite machten die Emirate mit Prestigeprojekten wie großen Solaranlagen und der Produktion von sauberem Wasserstoff auf sich aufmerksam, lösten sich langsam von Öl und Gas und könnten wegen der sinkenden Kosten der Erneuerbaren zu Hause grüne Energie verbrauchen, was mehr Öl für den Export übriglasse. Auf der anderen Seite wollten die VAE nicht auf Öl und Gas verzichten und setzten sich dafür ein, eher die schädlichen Emissionen zu reduzieren, als den Einsatz der fossilen Brennstoffe so schnell wie möglich zu beenden. Dabei seien Technologien wie die zur Abscheidung von CO₂ noch längst nicht ausgereift.

Bei diesem Kurs liegen die VAE mit anderen Öl- und Gasproduzenten am Golf wie Saudi-Arabien auf einer Linie. Sie alle wollen weniger abhängig von Öl und Gas sein, Geld in saubere Energien investieren und dabei ihre Interessen sichern: an den fossilen Energien verdienen, solange es geht. Deshalb dürften sich die Golfstaaten auch bei der COP28 gegen verbindliche Festlegungen auf einen Ausstieg aus Öl und Gas stemmen und stattdessen für ein langsames Auslaufen der Fossilien plädieren.

Dennoch ist es nach Meinung von Zumbrägel besser, Länder wie die VAE in die Klimapolitik einzubinden, als sie außen vor zu lassen. „Wir brauchen die großen Öl- und Gasländer auf unserer Seite“, sagte er. Immerhin würden am Golf Milliardensummen in klimafreundliche Technologien investiert. „Das ist besser, als wenn diese Staaten den Klimawandel einfach leugnen würden.“

Keine Misshandlungen, wenig Essen

Erste Freigelassene berichten von ihrer Geiselhaft in der Hamas-Gewalt

Von Jan-Uwe Ronneburger

TEL AVIV (dpa) - Israelische Geiseln sind nach Angaben ihrer Angehörigen während ihrer Gefangenschaft bei der islamistischen Hamas im Gazastreifen nicht misshandelt worden. „Es ist sehr tröstlich, das zu wissen“, sagte Osnat Meiri, ein Cousin der freigelassenen Geisel Keren Munder, der israelischen Zeitung „Yedioth Achronot“ (Montag).

Keren war gemeinsam mit ihrem neunjährigen Sohn Ohad und der Großmutter Ruti bei dem blutigen Hamas-Überfall am 7. Oktober in den Gazastreifen verschleppt worden. Am Freitag waren sie im Rahmen des Austausches israelischer Geiseln gegen palästinensische Häftlinge freigegeben. Aber man wisse natürlich nicht, ob alle in den Küstenstreifen verschleppten Geiseln unter denselben Bedingungen festgehalten würden, fügte Meiri hinzu.

Die Bedingungen der Geiselhaft wurden als hart beschrieben. Die Menschen hätten sich selbst Essen zubereitet, schrieb die Zeitung weiter. „Es gab aber auch Tage, an denen es nichts zu essen gab, und manchmal mussten die Verschleppten eineinhalb Stunden warten, bis sie zur Toilette durften“, zitierte die Zeitung am

Montag Merav Raviv, eine Angehörige der Familie Munder. An einigen Tagen habe es nur Pita-Brot (Fladenbrot) gegeben, und wenn es auch das nicht mehr gab, dann hätten die Festgehaltenen nur eine kleine Portion Reis erhalten. Es habe auch keine Liegen oder Betten gegeben, geschlafen worden sei auf Bänken oder zusammenge-schobenen Stühlen.

Die Menschen sind während ihrer fast siebenwöchigen Geiselhaft nicht immer in unterirdischen Räumen festgehalten worden. „Sie wurden immer mal an einen anderen Ort gebracht“, sagte Raviv. Die Wachen hätten einigen der Geiseln erlaubt, manchmal israelisches Radio zu hören. So habe Ruti Munder noch in der Geiselhaft erfahren, dass ihr Sohn Roi bei dem Hamas-Massaker am 7. Oktober getötet worden war.

Andere Geiseln waren dagegen von der Außenwelt abgeschnitten und ahnungslos. Hannah Katzir, deren Ehemann Rami ermordet wurde und deren Sohn Elad als Geisel festgehalten wird, erfuhr erst nach ihrer Befreiung aus der Gefangenschaft, was mit ihnen geschah. „Sobald sie ankam, fragte sie: Wo ist Papa?“, erzählte ihre Tochter Carmit Palti-Katzir. „Sie wusste nicht, dass Papa ermordet worden war. Wir haben es ihr gesagt.“ Dann fragte sie so-

fort: „Wo ist Elad? Warum ist er nicht hier?“ „Wir sagten ihr, dass er entführt wurde.“

Bei ihrem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober hatte die Hamas etwa 240 Menschen in den Gazastreifen verschleppt. Seit Freitag galt eine zunächst viertägige Feuerpause, die am Montagabend um zwei Tage verlängert wurde. Damit dürfte sie bis Donnerstagfrüh andauern. Nach ägyptischen Angaben soll die verlängerte Waffenpause auch die tägliche Freilassung von zehn im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln im Austausch gegen 30 palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen umfassen. In Israel wird davon ausgegangen, dass noch knapp 180 Geiseln in den Händen der Extremisten sind.

Zum ersten Mal war am Sonntag mit einem vierjährigen Mädchen auch eine Geisel freigelassen worden, die die US-Staatsangehörigkeit besitzt.

Das Schicksal der Kleinen bewegt seither viele Menschen. Am 7. Oktober musste das Mädchen mit ansehen, wie ihre Mutter erschossen wurde, wie US-Medien berichteten. Als ihr Vater sich schützend über seine Tochter legte, sei auch er erschossen worden. Die zehn und sechs Jahre alten Geschwister des Mädchens überlebten, weil sie sich im Schrank versteckten, bevor sie gerettet wurden.

Ihre kleine Schwester, die zunächst für tot gehalten worden sei, sei unter der Leiche ihres Vaters hervorgekrochen und zum Haus eines Nachbarn gerannt, zitierte die „Washington Post“ eine Verwandte des Mädchens weiter. Die Terroristen griffen sich dort das Mädchen zusammen mit der fünfköpfigen Nachbarsfamilie und verschleppten sie mit vielen anderen in den Gazastreifen.

Prozess um Mord an Lehrer beginnt

Islamist soll sein Opfer enthauptet haben – Sechs Verdächtige vor Jugendgericht

Von Christine Longin

PARIS - Das Schwarz-weiß-Foto von Samuel Paty vor seiner Klasse ist dieser Tage wieder überall zu sehen. Drei Jahre nach der Enthauptung des Lehrers durch einen 18-jährigen Islamisten hat in Paris der Prozess gegen sechs Jugendliche begonnen, die Paty verleumdete oder dem Attentäter mit Informationen bei seinem tödlichen Messerangriff geholfen haben sollen. Den Angeklagten, die zum Zeitpunkt der Tat 13 bis 15 Jahre alt waren, drohen bis zu zweieinhalb Jahre Haft. Sie besuchten alle die Mittelschule Bois-d'Aulne im bürgerlichen Pariser Vorort Conflans-Sainte-Honorine, wo Paty unterrichtete.

Zentrale Figur des Prozesses ist ein Mädchen, das in den französischen Medien „Zohra“ genannt wird. Sie hatte ihrem Vater berichtet, dass Paty im Bürgerkundeunterricht den Propheten Mohammed nackt zeigte und Musliminnen und Muslime per Handzeichen zum Verlassen des Klassenzimmers aufgefordert habe. Allerdings war die Jugendliche am fraglichen Tag gar nicht in der Schule. Sie war vom Unterricht ausgeschlossen, weil sie sich respektlos gegenüber dem Personal verhalten hatte.

Doch mit ihrer Lüge setzte „Zohra“, die wegen Verleumdung angeklagt ist, ihren Vater Brahim C. auf die Spur Patys. „Ihr liebt euren Propheten. Ihr habt den Namen und die Adresse, um Stopp zu sagen“, schrieb Brahim C. in den sozialen Netzwerken. In einem Video, das er mit der Unterstützung des bekannten Islamisten Abdelhakim Sefrioui drehte, beschimpfte er Paty als „Gauner“, der nicht mehr unterrichten dürfe. Zusammen mit Sefrioui muss Brahim C. sich nächstes Jahr im November vor Gericht verantwor-



Ein Strauß Blumen erinnert an Samuel Paty, den Lehrer, der am 16. Oktober 2020 enthauptet wurde. FOTO: DPA

ten. Auch mehrere Freunde des Attentäters, die ihm bei der Vorbereitung der Tat halfen, stehen dann vor Gericht.

„Die Aktion der Schüler hat die vorab geplante Tat ermöglicht“

Brahim C.s Video führte dazu, dass Paty in den sozialen Netzwerken mit dem Tod bedroht wurde. „Es herrschte eine Stimmung der Verteufelung seines Unterrichts“, sagte einer der Angeklagten laut der Zeitung „Libération“. Auch der Attentäter Abdoullakh Anzorov hatte durch Brahim C. von Paty erfahren. Der gebürtige Tschetschenische ließ sich von einem Freund von seiner Heimatstadt Evreux ins knapp 100 Kilometer entfernte Conflans fahren. Dort sprach er einen Schüler auf Paty an und bot ihm 300 Euro, damit dieser ihm Kleidung und Aussehen des Geschichts- und Geographielehrers beschrieb. Der Junge, der nach eigenen Angaben nur an das Geld dachte, ließ sich zusammen mit vier Freunden auf den Deal ein. Den fünf Jugendlichen

wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Vorbereitung einer schweren Gewalttat vorgeworfen.

Die Angeklagten gaben laut Ermittlungsakten an, nichts von den tödlichen Plänen Anzorovs gewusst zu haben. Der Attentäter habe gesagt, den Lehrer lediglich zu einer Entschuldigung zu zwingen und erniedrigen zu wollen. Allerdings habe er auch von Hass und Rachegeilüsten gegen den „schmutzigen Bastard“ gesprochen. Der Islamist enthauptete den 47-Jährigen unter dem Ruf „Allahu Akbar“ und veröffentlichte ein Foto des Kopfes seines Opfers, bevor die Polizei ihn erschoss.

„Die Aktion der Schüler hat die vorab geplante Tat von Abdoullakh Anzorov ermöglicht“, heißt es in der Anklageschrift. Schon allein die Absicht, einen Lehrer filmen zu wollen, wie er sich entschuldige, bedeute eine Gewalttat. Das Jugendgericht muss bis zum 8. Dezember klären, inwiefern die Jugendlichen, die inzwischen alle unter falschen Namen an einem anderen Ort leben, Mitverantwortung tragen.

Ziemlich genau drei Jahre nach der Enthauptung Patys wurde im Oktober erneut ein Lehrer auf ähnliche Art ermordet. Ein junger Mann ebenfalls tschetschenischer Herkunft griff im nordfranzösischen Arras mehrere Angestellte eines Gymnasiums mit dem Messer an und erstach den Literatur-Lehrer Dominique Bernard. Die französischen Lehrerinnen und Lehrer sind bereits seit Patys gewaltsamem Tod extrem verunsichert. Themen wie Meinungsfreiheit werden vor allem in den Problemvierteln der Großstädte seither mit großer Vorsicht angefasst. Umfragen zufolge hat die Selbstzensur deutlich zugenommen.



Mitglieder des Kibbutz Kfar Azza versammelten sich, um die Befreiung von Frauen und Kindern aus der Gefangenschaft der Hamas zu verfolgen. FOTO: IMAGO